

Immer mehr Menschen wollen immer mehr

Bevölkerungswachstum und steigender Ressourcenverbrauch sind zwei Seiten einer weltweiten Überbevölkerung. Die globale Herausforderung ist es, Überkonsum und Emissionen im Globalen Norden drastisch zu senken und gleichzeitig zu verhindern, dass der Globale Süden bei seinem Aufholprozess zu einem neuen Groß-Emittenten wird.



Reiner Klingholz
ist Chemiker und Molekularbiologe und leitete bis zum Jahr 2019 das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
✉ rklingsholz@gmail.com

Die Spezies *Homo sapiens* lässt sich als erfolgreich bezeichnen: Sie wächst – mit vereinzelt Unterbrechungen – in ihrer Zahl seit Jahrzehntausenden, besonders stark seit gut 200 Jahren. Die Menschen produzieren immer mehr Güter und Dienstleistungen, die das Dasein erleichtern. Gemessen an der Lebenserwartung, geht es ihnen in nahezu allen Regionen der Welt immer besser. Ob dieser Erfolg nachhaltig ist, steht auf einem anderen Blatt. Denn Bevölkerungszuwachs, wachsender Wohlstand und ausufernder Konsum haben zu hohem Naturverbrauch und erheblichen Schadstoffemissionen geführt, von denen der menschengemachte Klimawandel die prominenteste, aber nicht die einzige schwerwiegende Folge ist.

Weil all diese Auswirkungen sowohl mit der Anzahl als auch dem Verhalten der Menschen zusammenhängen, stellt sich die Frage nach einer möglichen Überbevölkerung des Planeten.¹ Für viele Entwicklungsfachleute sowie Politikerinnen und Politiker ist das Bevölkerungswachstum oder gar eine Überbevölkerung allerdings kein Thema mehr. Denn seit Mitte der 1960er Jahre hat sich die Wachstumsrate der Menschheit halbiert – von 2,1 Prozent auf inzwischen 1,05 Prozent pro Jahr, Tendenz weiter fallend. Auch die Zahl der Kinder, die eine Durchschnittsfrau im Laufe ihres Lebens zur

Welt bringt, hat sich halbiert. Die sogenannte Fertilitätsrate oder Geburtenziffer liegt heute im globalen Schnitt bei 2,4 Kindern je Frau und damit nahe am bestandserhaltenden Wert von 2,1.²

Hinter dieser hoffnungsvollen Nachricht steckt allerdings ein arithmetischer Denkfehler. Denn das gegenüber den 1960er Jahren halbierte relative Wachstum findet heute auf der Basis einer verdoppelten Menschheit statt, weshalb der absolute jährliche Zuwachs seit über einem halben Jahrhundert ungefähr auf gleichem Niveau geblieben ist. Seither kommen Jahr für Jahr rund 80 Millionen Neuerdenbürger hinzu, was ungefähr der Einwohner-schaft Deutschlands entspricht. Viele der im Jahr 2015 verabschiedeten Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) dürften in den Ländern mit hohem Bevölkerungswachstum nicht zu erreichen sein. Von Entwarnung an der Wachstumsfront kann kaum die Rede sein.³

Darüber hinaus ist eine wirkliche Trendwende nicht in Sicht: Weil die Bevölkerung in den armen Staaten sehr jung ist, haben die meisten der dort lebenden Frauen und Mädchen ihre Mutterschaft noch vor sich. Selbst wenn sie von morgen an im Schnitt nur noch 2,1 Kinder bekämen, was auf den ersten Blick Nullwachstum verheißt, nähme die Weltbevölkerung noch über Jahrzehnte zu. Für das Jahr 2050 sehen die Vereinten Nationen in ihrem mittleren Szenario 9,7 Milliarden Menschen voraus. Das wären fast viermal so viele wie hundert Jahre zuvor. In Afrika südlich der Sahara dürfte sich bis Mitte des Jahrhunderts die Bevölkerung verdoppeln, in manchen Staaten der Sahelzone fast verdreifachen. Allein Nigeria hätte bis dahin rund 400 Millionen Menschen zu versorgen, nicht viel weniger als in den heutigen Staaten der Europäischen Union (EU) dann leben werden.

¹ Thomas R. Malthus, *An Essay on the Principle of Population as it Affects the Future Improvement of Society*, 1798. Deutsche Übersetzung:

Das Bevölkerungsgesetz, München 1977 und Paul R. Ehrlich, *The Population Bomb*, New York 1968.

² Alle Bevölkerungsdaten und -projektionen entstammen, wenn nicht anders vermerkt, den Weltbevölkerungsprognosen der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2019: population.un.org/wpp/

³ Reiner Klingholz, *Zu viel für diese Welt, Weg aus der doppelten Überbevölkerung*, Hamburg 2021.

Die doppelte Überbevölkerung

Wir haben es heute mit einer doppelten Überbevölkerung zu tun. Die eine zeigt sich in den am wenigsten entwickelten Ländern (Least Developed Countries – LDCs), wo es häufig nicht gelingt, einer wachsenden Zahl von Menschen das Nötigste zu bieten. Die andere ist eine konsumbedingte Überbevölkerung in den wohlhabenden, weit entwickelten Ländern, wo die Bevölkerung kaum noch oder gar nicht mehr wächst. Dort leben die Menschen deutlich über ihre ökologisch verträglichen Verhältnisse. Sie verbrauchen mehr Rohstoffe, als die Umwelt im gleichen Zeitraum nachliefern kann, und hinterlassen mehr Abfallstoffe, als die natürlichen Kreisläufe unschädlich machen können, darunter Treibhausgase wie das Kohlendioxid, das Hauptverursacher des menschengemachten Klimawandels ist. Kohlendioxid entsteht bei der Verbrennung der fossilen Rohstoffe Kohle, Öl und Gas, die noch immer über 80 Prozent der globalen Primärenergie liefern.⁴ Die konsumbedingte Überbevölkerung zeigt sich an einem Land wie Deutschland, wo ein Durchschnittsbewohner pro Jahr mehr als zehn Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente ausstößt.⁵

Ohne die doppelte Überbevölkerung zu nennen, hat die Staatengemeinschaft schon im Jahr 1992 in der Erklärung der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (United Nations Conference on Environment and Development – UNCED) auf dieses Problem hingewiesen.⁶

Der Reichtum der weit entwickelten Länder und der Aufstieg der Schwellenländer sind somit direkt an die Überlastung der Atmosphäre und eine gefährliche und irreversible Veränderung des Weltklimas gekoppelt. Kein Wunder, dass die Bekämpfung des Klimawandels als die historisch größte Herausforderung der Menschheit gilt. Sie stellt unsere Lebensweise grundsätzlich infrage und bedeutet einen kompletten Umbau der Weltwirtschaft, der Landwirtschaft, der Energiepolitik und des Konsumverhaltens.⁷ Um das Weltklima in einem einigermaßen stabilen Zustand zu erhalten und die Erwärmung der erdnahen Luftschichten auf unter

1,5 Grad Celsius zu begrenzen, müsste die Menschheit ihre Treibhausgasemissionen sofort und deutlich reduzieren, und zwar jedes Jahr etwa in dem Ausmaß, wie es die Corona-Pandemie im Jahr 2020 erzwungen hat. Vom Jahr 2050 an wären netto keinerlei Emissionen mehr erlaubt.⁸

Unerhörte Warnungen

Die demografische Entwicklung und der Klimawandel sind seit vielen Jahren wissenschaftlich untersucht und in der öffentlichen Diskussion. Warnungen vor den jeweiligen Folgen wurden aber lange Zeit ignoriert. Die Menschheit tut sich damit schwer, angemessen auf Probleme zu reagieren, die sich über lange Zeit hochschaukeln, irgendwann aber kaum noch zu beeinflussen sind.

Die Bekämpfung des Klimawandels gilt als die historisch größte Herausforderung der Menschheit.

Spätestens mit dem ersten Sachstandsbericht im Jahr 1990 des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC), einem von der Weltorganisation für Meteorologie (World Meteorological Organization – WMO) und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Environment Programme – UNEP) gegründeten Weltklimarat, sind die Ursachen und Folgen der menschengemachten Erderwärmung akribisch beschrieben. Ebenso klar formuliert waren schon damals die Forderungen, die Emissionen zu vermindern.⁹ Doch die Bereitschaft zu handeln war nicht vorhanden. Vielmehr stieg der weltweite Kohlendioxid-Ausstoß seit dem IPCC-Appell im Jahr 1990 um über 60 Prozent.¹⁰

⁴ Our World in Data, Energy Mix, www.ourworldindata.org/energy-mix; siehe den Beitrag von Jan Burck und Thea Uhlich in diesem Heft.

⁵ Eurostat, Greenhouse Gas Emissions per Capita, ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/t2020_rd300/default/table?lang=en

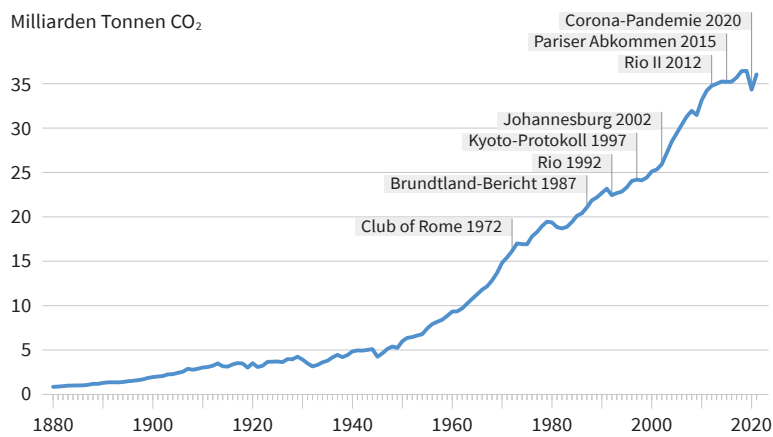
⁶ Deutscher Übersetzungsdienst bei den Vereinten Nationen, Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung, www.un.org/depts/german/conf/agenda21/rio.pdf

⁷ McKinsey Sustainability, The 1.5-Degree Challenge, www.mckinsey.com/business-functions/sustainability/our-insights/interactive-the-1-point-5-degree-challenge

⁸ Pierre Friedlingstein et al., Global Carbon Budget 2020, *Earth System Science Data*, 12. Jg., 4/2020, doi.org/10.5194/essd-12-3269-2020

⁹ WMO/UNEP/IPCC, Climate Change: The IPCC 1990 and 1992 Assessments, archive.ipcc.ch/ipccreports/1992%20IPCC%20Supplement/IPCC_1990_and_1992_Assessments/English/ipcc_90_92_assessments_far_full_report.pdf

¹⁰ Kelly Levin/Katie Lebling, CO2 Emissions Climb to an All-Time High (Again) in 2019: 6 Takeaways from the Latest Climate Data, World Resources Institute, 3.12.2019, www.wri.org/insights/co2-emissions-climb-all-time-high-again-2019-6-takeaways-latest-climate-data

Abbildung 1: Weltweite Kohlendioxid-Emissionen und historische Meilensteine der Umweltbewegung mit COVID-19

Quellen: Our World in Data, Annual CO₂ Emissions, World 2019; The Economist, Greenhouse-gas Emissions Are Set to Rise Fast in 2021, 20.4.2021.

Es waren sage und schreibe 21 UN-Klimakonferenzen notwendig, bis sich die Staatengemeinschaft in Paris im Jahr 2015 auf eine globale Klimastrategie, dem Übereinkommen von Paris über Klimaänderungen, einigen und zu dem Ziel durchbringen konnte, die menschengemachte Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. Auf Druck der am stärksten vom Klimawandel betroffenen (Insel-)Staaten wurde das Ziel in Paris sogar auf 1,5 Grad Celsius verschärft. Bis heute haben 191 der 197 Vertragspartner das Abkommen ratifiziert.¹¹ Nie gab es so viel Einigkeit in Sachen Klimaschutz. Insofern war das Pariser Vertragswerk ein Meilenstein.

Die Länder, die für über 70 Prozent der laufenden Emissionen verantwortlich sind, überbieten sich derzeit mit Klimaschutzbekundungen. Sie haben sich vorgenommen, den Kohlendioxid-Ausstoß bis zum Jahr 2050 auf netto-null zu reduzieren. Allerdings sind Pläne noch keine Ergebnisse und es ist unklar, wie die Einsparungen bei stark wachsendem weltweitem Energiebedarf technisch bewerkstelligt werden sollen. Ohnehin reichen die von den Mitgliedstaaten vorgelegten freiwilligen Reduktionsziele nicht aus, um die Erwärmung auch nur auf zwei Grad zu begrenzen. Das UNEP erstellt jährlich einen Bericht, der die Lücke zwischen

den Selbstverpflichtungen der einzelnen Staaten und den tatsächlich umgesetzten Emissionsminderungen dokumentiert (Emissions Gap Report). Zwar seien die Absichten mit Blick auf das Jahr 2050 »sehr ermutigend«, heißt es in dem jüngsten Bericht aus dem Jahr 2020. Die längerfristige Perspektive werde aber dadurch getrübt, dass viele Länder noch nicht einmal ihre Ziele für das Jahr 2030 erreichen könnten und die Welt noch immer auf eine Erwärmung von über drei Grad Celsius treibe.¹²

Die Vereinten Nationen haben nicht nur den Klimawandel, sondern auch das Thema des Bevölkerungswachstums in die internationale Politik gebracht. Doch die Staatengemeinschaft war und ist sich auch bei der Frage, ob und wie es zu verlangsamten sei, alles andere als einig. Auf der ersten Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung der UN (International Conference on Population and Development – ICPD) im Jahr 1974 in Bukarest wurde noch darüber gestritten, ob Familienplanung oder wirtschaftliche Entwicklung das beste Mittel sei, das Wachstum zu bremsen. Auf der zweiten Konferenz im Jahr 1984 in Mexiko-Stadt beklagten die Entwicklungsländer, hinter dem Kampf der Industrieländer gegen das Bevölkerungswachstum stehe nur die Angst vor dem zunehmenden Einfluss der unterprivilegierten Völker. Gleichzeitig untersagte der amerikanische Präsident Ronald Reagan Organisationen, die US-Finanzmittel für Familienplanungsprogramme erhielten, Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen, sich für deren Legalisierung einzusetzen oder auch nur darüber zu informieren.¹³ Dadurch stieg sowohl die Zahl der ungewollten Schwangerschaften als auch der Abtreibungen, während die Nutzung moderner Verhütungsmittel zurückging. Schlussendlich wurde so das Bevölkerungswachstum verstärkt.¹⁴

Als im Jahr 1994 die dritte ICPD in Kairo stattfand, herrschte in den weniger entwickelten Ländern nach wie vor ein eklatanter Mangel an Information und Mitteln zur sicheren Verhütung. Um politischen Streitigkeiten über das heikle Thema Bevölkerungswachstum aus dem Weg zu gehen, stellte die Konferenz das Recht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit in den Mittelpunkt. Gemeint war damit unter anderem das Recht jedes Paares, frei darüber entscheiden zu können, wann und wie viele Kinder es haben will. Auch Kairo galt als Meilenstein.

¹¹ Melissa Denchak, Paris Climate Agreement: Everything You Need to Know, Natural Resources Defense Council (NRDC), 19.2.2021, www.nrdc.org/stories/paris-climate-agreement-everything-you-need-know

¹² UNEP, Emissions Gap Report 2020, 9.12.2020, www.unep.org/emissions-gap-report-2020

¹³ Alisa Kaps et al., Umkämpftes Terrain, Der internationale Widerstand gegen das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung, Berlin 2019.

¹⁴ Nina Brooks et al., USA Aid Policy and Induced Abortion in Sub-Saharan Africa: An Analysis of the Mexico City Policy, *The Lancet*, 7. Jg., 8/2019, S. 1046, [doi.org/10.1016/S2214-109X\(19\)30267-0](https://doi.org/10.1016/S2214-109X(19)30267-0)

Doch weder auf der UN-Generalversammlung im Jahr 2000, bei der die Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals – MDGs) verabschiedet wurden, noch auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (World Summit on Sustainable Development – WSSD; Rio+10) von Johannesburg im Jahr 2002 schaffte es das Recht auf reproduktive Gesundheit, auf die Agenda zu kommen. Verhindert hatten das Widerstände des Vatikans, der republikanischen US-Regierung und mancher muslimischer Gruppen.¹⁵

Als sich die Staaten im Jahr 2019 auf Einladung der UN in Nairobi zu einer weiteren Weltbevölkerungskonferenz trafen, beklagte Natalia Kanem, die Exekutivdirektorin des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (United Nations Population Fund – UNFPA), dass viele der in Kairo angemahnten Ziele nicht erreicht wurden und 232 Millionen Frauen weltweit noch immer nicht verhüten könnten, obwohl sie es wollen.¹⁶

Die internationalen Konflikte um die Fragen Klimawandel und Bevölkerungswachstum zeigen, wie schwierig es ist, die verschiedenen Interessen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung unter einen Hut zu bringen. Die Gefahr ist deshalb groß, dass sich die globalen Probleme verschärfen oder gar unlösbar werden.

Das Trilemma des Wachstums

Die Bevölkerungen im wenig entwickelten Teil der Welt wachsen stark, weil viele Menschen arm sind. Ihnen fehlen häufig Perspektiven, sie können ihr Leben nicht planen und denken deshalb auch nicht an Familienplanung. Um das zu ändern, brauchen sie eine sozioökonomische Entwicklung, deren drei Grundpfeiler bekannt sind: Sie brauchen Gesundheit, Bildung und auskömmliche Arbeitsplätze. Nur so können sie ein starkes Humankapital erwerben und sich für ihre Familie und im Sinne der Gemeinschaft verdient machen.

Mit Investitionen in die drei Kernbereiche der Entwicklung sinken aller Erfahrung nach die Geburtenziffern. Der Schwerpunkt der Bevölkerung verschiebt sich von den Kindern hin zu den jungen Erwachsenen. Der Gesellschaft stehen dann für eine Weile überproportional viele Arbeitskräfte zur Ver-

fügung. Werden die Nachwuchskräfte ausreichend ausgebildet und finden entsprechende Jobs, ergibt sich eine demografische Dividende, ein wirtschaftlicher Schub, der sich durch wachsenden Wohlstand und weiter sinkende Kinderzahlen selbst verstärkt. Sinkende Kinderzahlen sind sowohl die Voraussetzung als auch die Folge von Entwicklung.¹⁷

Basisentwicklung ohne Umweltverbrauch ist unmöglich.

Idealerweise würden die armen Staaten möglichst schnell diesem Weg folgen, der auch dem erklärten Ziel der Entwicklungszusammenarbeit entspricht. Entwicklung ist ohne Alternative, denn ohne sie würde sich der Kreislauf aus Armut, immer mehr Menschen und Verteilungskonflikten weiter verschärfen, mit negativen Folgen für die ganze Welt.

Doch dieser Weg birgt neue Probleme, die sich als Trilemma des Wachstums bezeichnen lassen: Erstens wächst die Weltbevölkerung, weil die Entwicklung in den armen Staaten nur langsam vorankommt. Um das Bevölkerungswachstum zu bremsen, brauchen sie zweitens Entwicklung und mehr Wirtschaftswachstum, mehr Produktivität, mehr Jobs, mehr Einkommen. Doch wo immer das gelingt, steigen drittens der Energieverbrauch und der Rohstoffkonsum, Müll in jeder Form fällt an, Naturräume schwinden. Ein Problem wird gelöst, indem sich andere vergrößern.¹⁸

Der Schaden an der Umwelt lässt sich zwar minimieren und die meisten Staaten des Globalen Südens werden nicht die Fehler der klassischen Industrieländer machen und ihren Aufstieg komplett auf fossilen Reserven aufbauen. Sie können, auch mit Hilfe der internationalen Zusammenarbeit, andere Mittel dafür nutzen. Aber auch eine umweltschonende Entwicklung braucht geteerte Straßen, Kupferleitungen, Baustahl, Betonfundamente und vermehrt seltene Metalle, die sich nur unter hohem Aufwand aus dem Boden holen lassen. Basisentwicklung ohne Umweltverbrauch ist unmöglich. Und wachsender Wohlstand bedeutet höhere Ein-

¹⁵ Inga Kröger et al., Das Ende der Aufklärung, der internationale Widerstand gegen das Recht auf Familienplanung, Berlin 2004.

¹⁶ Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ), Healthy DEvelopments, Nairobi Summit Calls for Rights and Choices for All, www.health.bmz.de/events/nairobi-summit-calls-for-rights-and-choices-for-all/

¹⁷ Alisa Kaps/Ann-Kathrin Schewe/Reiner Klingholz, Afrikas demografische Vorreiter. Wie sinkende Kinderzahlen Entwicklung beschleunigen, Berlin 2019, www.berlin-institut.org/studien-analysen/detail/afrikas-demografische-vorreiter

¹⁸ Reiner Klingholz/Klaus Töpfer, Das Trilemma des Wachstums – Bevölkerungswachstum, Energieverbrauch und Klimawandel – drei Probleme, keine Lösung? Berlin 2012.

kommen, die sich wiederum in Mehrkonsum übersetzen. Genau das ist das Ziel von Entwicklung.

Was tun? Eine schwierige und eine sehr schwierige Aufgabe

Wie kann sich die Menschheit aus dieser multi-dimensionalen Problemlage ohne allzu großen Schaden befreien? Das Bevölkerungswachstum zu bremsen ist dabei noch die einfachere Frage, denn dafür gibt es gute Vorbilder. Einstmals sehr arme und geburtenreiche Länder wie Bangladesch, Südkorea, Vietnam und jüngst auch Äthiopien haben gezeigt, wie es geht: Sie haben erstens in Gesundheit und Hygiene investiert, vor allem von Müttern und Neugeborenen, um die Kindersterblichkeit zu senken. Dies ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass sich die Menschen für weniger Kinder

Mit einem derartigen, rasch notwendigen Systemwechsel hat die Menschheit keinerlei Erfahrung.

entscheiden. Die Länder haben zweitens ihre Bildungssysteme ausgebaut und Mädchen und Frauen gleichberechtigten Zugang zu den Schulen ermöglicht. Höher gebildete Frauen bekommen in Entwicklungsländern deutlich weniger Kinder als weniger gebildete und setzen sich stärker für die Bildungskarriere ihrer Nachkommen ein. Bildung ermöglicht andere wirtschaftliche Möglichkeiten und bedeutet gerade für Frauen eine bessere Gleichstellung. Drittens haben die Länder Rahmenbedingungen für einen wachsenden Arbeitsmarkt geschaffen.¹⁹

Die wirtschaftlichen Erfolge dieser Politik sind ebenso beeindruckend wie die demografischen: Südkorea ist von einem armen Agrarland zu einer der führenden Wirtschaftsmächte aufgestiegen und verzeichnet heute Geburtenziffern von 0,9 Kindern je Frau. Bangladesch und Vietnam gehören zu den jüngsten Tigerstaaten und vermelden eine Geburtenziffer von 2,0. Äthiopien verzeichnete in den vergangenen Jahren das höchste Wirtschaftswachstum des Kontinents, während die

Kinderzahlen je Frau zwischen den Jahren 1985 und 2019 von 7,4 auf 4,1 fielen, so schnell wie sonst nirgendwo in Afrika.²⁰

Damit möglichst viele der LDCs möglichst schnell von ähnlichen Erfolgen profitieren können, sollte sich die internationale Unterstützung auf die geschilderten Kernbereiche der Entwicklung konzentrieren. Nur so bekommen die Länder die Chance, ihre sozioökonomischen Fortschritte aus eigener Kraft zu stemmen. Notwendig sind ausreichende Mittel für eine flächendeckende Gesundheitsinfrastruktur inklusive Familienplanungsprogrammen und für mindestens eine mittlere Sekundarbildung, zu der alle Jugendliche Zugang haben. Jobs sollten unter anderem durch eine nachhaltige Intensivierung der Landwirtschaft und in der nachgelagerten Produktion von handelstauglichen Lebensmitteln geschaffen werden, um die Lebens- und Einkommensbedingungen in den ländlichen Gebieten zu verbessern. Denn dort sind Armut und die Nachwuchszahlen besonders hoch.

Die Kräfte der ausländischen Unterstützer sollten besser gebündelt und Entwicklung als ganzheitliches Konzept betrachtet werden. Den UN kommt dabei die Aufgabe zu, die Arbeit ihrer Unterorganisationen besser zu verzahnen. Bisher sind etwa die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization – WHO), der UNFPA und das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (United Nations Children's Fund – UNICEF) überwiegend in ihren eigenen Themenbereichen unterwegs, anstatt eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, in der sich Erfolge bei Gesundheit, Familienplanung, Bildung, Frauenrechten und Einkommensmöglichkeiten gegenseitig verstärken.

Die Aufgaben der Reichen

Die zweite Aufgabe, den Ressourcenverbrauch in den Industrie- und Schwellenländern drastisch zu senken, die Emissionen mittelfristig auf null zu fahren und gleichzeitig zu verhindern, dass der arme Teil der Welt bei seinem Aufholprozess zu einem neuen Groß-Emittenten wird, ist ungleich schwieriger. Mit einem derartigen Systemwechsel, der zudem in relativ kurzer Zeit vollzogen sein muss, hat die Menschheit keinerlei Erfahrung.

Sicher ist, dass dieser Wandel international abgestimmt sein muss, auch wenn bislang nicht klar ist, welche globalen Institutionen ihn koordinieren

¹⁹ Reiner Klingholz et al., Schnell, bezahlbar, nachhaltig. Wie in Afrika große Entwicklungssprünge möglich werden, Berlin 2020, www.berlin-institut.org/studien-analysen/detail/schnell-bezahlbar-nachhaltig

²⁰ Alisa Kaps/Alexandra Reinig/Reiner Klingholz, Vom Hungerland zum Hoffnungsträger, wird Äthiopien zum Vorbild für den afrikanischen Aufschwung?, Berlin 2018, www.berlin-institut.org/studien-analysen/detail/vom-hungerland-zum-hoffnungstraegerer

und kontrollieren sollen. Das UNEP wäre dazu der natürliche Partner, hat es doch die meisten der heute gültigen internationalen Umweltabkommen maßgeblich mitgestaltet. Allerdings fehlen bislang die politischen Instrumente, um die Mitgliedstaaten tatsächlich zu einem wirksamen Klimaschutz zu verpflichten und Nichteinhaltung gegebenenfalls zu sanktionieren. Das aber wäre nötig, denn die Atmosphäre ist ein Allgemeingut, auf das alle Menschen angewiesen sind.

Umso wichtiger ist es, dass insbesondere Staaten wie Deutschland, die überproportional viele Treibhausgase zu verantworten haben, in die Pflicht genommen werden. Deutschland verursacht zwar nur zwei Prozent der weltweiten Emissionen, schafft das aber mit gerade mal einem Prozent der Weltbevölkerung. Vor allem aber gilt es, die kumulierten Emissionen seit Beginn der Industrialisierung zu berücksichtigen, denn das Treibhausgas Kohlendioxid ist sehr langlebig. Und da steht Deutschland mit 5,6 Prozent als weltweit viertgrößter Emittent da, mit geschätzten 92 Milliarden Tonnen Kohlendioxid.²¹ Zum Vergleich: Um das 1,5-Grad-Celsius-Ziel noch zu erreichen, dürfte die gesamte Menschheit insgesamt nur noch rund 300 Milliarden Tonnen Kohlendioxid ausstoßen.²²

Zwar ist mittlerweile überall in den weit entwickelten Staaten das Wirtschaftswachstum durch Effizienzsteigerungen von der Zunahme der Emissionen entkoppelt, das heißt, sie werden reicher, während der Schadstoffausstoß sinkt. Doch der befindet sich noch immer weit über dem umweltverträglichen Niveau, das das Klimaübereinkommen von Paris verlangt und das mittelfristig bei null liegt.

Um dorthin zu gelangen, ist es notwendig, die Emissionen mit einem Preis zu belegen, um die unerwünschten Folgekosten, die bislang von der Allgemeinheit getragen wurden, dem Verursacher aufzubürden. Dies kann durch eine Kohlendioxid-Steuer oder durch den Emissionshandel geschehen, der mittlerweile EU-weit eingeführt ist. Weil in diesem System das Verschmutzen der Atmosphäre immer teurer wird, weichen Unternehmen und Privatpersonen Zug um Zug auf emissionsärmere Verfahren und Produkte aus. Bisher ist der seit dem Jahr 2021 geltende offizielle Kohlendioxid-Preis von 25 Euro jedoch zu niedrig, um den gewünschten Effekt zu entfalten. Dirk Messner, der Präsident des Umweltbundesamts, etwa hält einen Preis von über 100 Euro bis zum Jahr 2030 für notwendig.²³

Damit der technisch-wirtschaftliche Fortschritt die Märkte im Sinne der Nachhaltigkeit verändern kann, muss zudem der Strukturwandel beschleunigt werden. Er lässt überkommene Produkte und Produktionsverfahren verschwinden und schafft Platz für innovative Varianten. Die Politik neigt dazu, diesen Trend zu bremsen, etwa mit Ausnahmeregeln oder Subventionen für große Emittenten, weil beim Strukturwandel erst einmal Arbeitsplätze verloren gehen. Sie übersieht dabei aber, dass der Wandel wechselseitig neue, zukunftsfähigere Arbeitsplätze schafft.

So wichtig technische Lösungen auf dem Weg zum Klimaschutz sind: Sie alleine garantieren keine Klimaneutralität. ›Grüne Technologien‹ oder ›nachhaltiges Wachstum‹ sind eine Mogelpackung. Sie versprechen, dass alles Angenehme – Wohlstand, Wachstum, Innovation – bleibt, wie es ist, dass dabei aber keine Ressourcen übernutzt und keine Treibhausgase produziert werden. Nachhaltiges Wachstum aber ist ein Oxymoron, ein Widerspruch in sich, hat Hubert Markl, der einstige Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, einmal angemerkt.²⁴ Denn Wachstum, gleich welcher Färbung, bedeutet in jedem Fall mehr Güter und Dienstleistungen und damit einen Mehrverbrauch an Ressourcen. Jedes wirtschaftliche Wachstum hat einen Mehrerwerb von Geld zur Folge, das letztlich in Investitionen für weiteres Wachstum oder in irgendeiner Form von Konsum mündet. Wachstum ist das Problem, nicht die Lösung.

English Abstract

Reiner Klingholz

More and More People Want More and More pp. 202–207

Population growth and rising resource consumption are two sides of global overpopulation. The least developed countries are unable to provide bare essentials to their citizens. In developed countries people live way beyond sustainability. The challenge is to reduce overconsumption and pollutant emissions in the wealthier part of the world and prevent the same implications during the catch-up process of the developing world.

Keywords: Bevölkerung, Klimawandel, entwickelte Länder, Entwicklungsländer, Ressourcen, Weltwirtschaft, population, climate change, developed countries, developing countries, resources, global economy

²¹ Our World in Data, CO2 Emissions, www.ourworldindata.org/co2-emissions

²² Stand September 2021; Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC), Remaining Carbon Budget, www.mcc-berlin.net/en/research/co2-budget.html

²³ Dirk Messner im Gespräch mit Jule Reimer: Ohne höheren CO2-Preis wird Klimaschutz noch teurer, Deutschlandfunk, 13.6.2021, www.deutschlandfunk.de/umweltbundesamt-praesident-messner-ohne-hoeheren-co2-preis.868.de.html?dram:article_id=498709

²⁴ Hubert Markl, Kulturzwang und angeborene Freiheit, in: Meinhard Miegel (Hrsg.), Für eine zukunftsfähige Natur, Bonn 2007.